

Ein Schritt vor und zwei zurück? Die ernüchternde Bilanz eines Modellversuchs

„Jugendliche brauchen mehr Verbraucherbildung und ökonomische Bildung“, so wird die NRW-Schulministerin in einer aktuellen Pressemeldung zitiert. Löhrmann zieht aus dem an 70 Schulen im Land NRW durchgeführten Modellversuch „Wirtschaft an Realschulen“ die Schlussfolgerung, dass gezeigt werden konnte, dass „ökonomische Bildung ein wichtiger Teil der schulischen Bildung“ sei. Der gesamte Text kann hier eingesehen werden:

<http://bildungsklick.de/pm/90893/ministerin-loehrmann-jugendliche-brauchen-mehr-verbraucherbildung-und-oekonomische-bildung/>

Der Modellversuch in NRW wurde 2010 ins Leben gerufen, weil die ökonomische Bildung insbesondere an den Realschulen eher randständig ist. Erprobt wurde an den Schulen der Unterricht in einem Pflichtfach Wirtschaft oder einem Wahlpflichtfach Ökonomie. Und aus Sicht der beteiligten Akteure ist der Modellversuch ein echter Erfolg gewesen. Es wurden insgesamt 2807 Schülerinnen und Schüler, 1106 Eltern, 108 Lehrkräfte und 50 Schulleiterinnen und Schulleiter befragt und die Ergebnisse sind sehr deutlich positiv für Wirtschaftsunterricht an Realschulen. Man könnte sagen, es handelt sich nicht nur um einen Modellversuch, sondern auch um ein Erfolgsmodell.

Allerdings bleibt ein großes Fragezeichen im Raum: Warum wurde nichts von dem, was dort erfolgreich erprobt wurde, bildungspolitisch umgesetzt? Die politischen ‚Fanfaren‘ mögen anderes verkünden, aber ganz nüchtern betrachtet ist der Kanon der Pflichtfächer an Realschulen vollkommen unverändert geblieben. Es wird kein Fach Wirtschaft geben. Auch im Wahlpflichtbereich können die Schulen, selbst wenn sie es wollten, das erprobte Fach Ökonomie nicht mehr anbieten. Hier wird stattdessen ein vermeintliches Kompromissfach namens „Politik (Ökonomische Grundbildung)“ möglich gemacht. Allein diese neue Bezeichnung sagt schon so einiges über den Stellenwert der ökonomischen Bildung in der nordrhein-westfälischen Bildungspolitik aus. Völlig offen bleibt darüber hinaus, wie die fachübergreifende Förderung von Verbraucherbildung gelingen soll, wenn man im ökonomischen Feld die dafür notwendigen und im Modellversuch erfolgreich erprobten Fächer nicht einführt.

Provokant formuliert könnte man schlussfolgern: In NRW hat der homo oeconomicus gleich mehrfach zugeschlagen. Wenn (a) politische Akteure ein individuelles Interesse an Verbraucherbildung haben, weil sie beispielsweise am REVIS-Curriculum mitgearbeitet haben oder im Landfrauenverband aktiv sind, (b) Gewerkschaften um ihren Einfluss auf Schule und Unterricht bangen und (c) Fachdidaktiker mit soziologischem Schwerpunkt ihr schuli-

sches Handlungsfeld in Gefahr sehen, dann kann sich die große Mehrheit der Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte und Schulleitungen ein Fach Wirtschaft bzw. Ökonomie noch so sehr wünschen, im hohen Haus wird einfach anders entschieden.

loe, 03. April 2014